

Emmi und Co. wehren sich gegen Störmanöver

Letzte Woche haben die Beteiligten den Schweizer Milchmarkt so zergliedert, dass die Lösung allen Akteuren akzeptabel erscheint. Jetzt erwarten die Milchverarbeiter aber von der Politik, dass die «permanenten Störmanöver» ausbleiben.

Während die Bauern regelmässig lautstark für «faire Milchpreise» kämpfen, fühlen sich ihre Abnehmer offenbar zunehmend unverstanden. Gestern jedenfalls lud die Vereinigung der Schweizer Milchindustrie (VMI) zu einem Mediengespräch. Es gehe nicht darum, einen «Gegenanlass zu starten», versicherte Präsident Markus Willimann. Vielmehr wolle er Fakten aufzeigen. Und: «Wir wollen, dass die bäuerliche Seite und die Öffentlichkeit verstehen, wieso die Milchindustrie nicht höhere Rohstoffpreise bezahlen kann.» Willimann hob zuerst die volkswirtschaftliche Bedeutung der Schweizer Milchindustrie hervor: Sie verarbeite mit rund 2,1 Milliarden Kilo fast zwei Drittel der Schweizer Milch. In den letzten vier Jahren habe sie, die 5000 Arbeitsplätze anbiete, insgesamt etwa 500 Millionen Franken investiert. Indem sie ihre Strukturen angepasst habe, könne die Industrie heute zu Preisen produzieren, mit denen sie im europäischen Umfeld mithalten könne, sagten die anwesenden Vertreter von Emmi, Cremo, Elsa und Hochdorf.

Mehr exportiert, aber...

Tatsächlich konnte die Milchindustrie in den letzten fünf Jahren bei den Exporten zulegen: Bei den Joghurts und Milchdesserts beispielsweise steigerten sie den Exportanteil um 42 Prozent. Dies, obwohl die Produkte für europäische Kunden wegen des starken Frankens immer teurer wurden. Doch gleichzeitig nahmen die Importe um 180 Prozent zu (siehe auch Grafik). «Inländische Marktanteile gehen verloren», konstatierte Willimann.

Urs Riedener, CEO der Emmi-Gruppe, erklärte: Seine Firma versuche, diese Importe abzuwehren und mit Exporten zu kompensieren. In den nächsten Jahren will Emmi im Export 6 bis 8 Prozent wachsen. «Das gibt eine Entlastung auf dem Schweizer Milchmarkt», sagte er und betonte: «Wir sind ein Millexportland.» Weitere Liberalisierungsschritte seien nicht mehr aufzuhalten. Deshalb fordert der VMI «klare Rahmenbedingungen und einen liberalisierten Beschaffungsmarkt».

Was die Industrie stört

Insbesondere von der «Motion Aebi» wollen die Schweizer Milchverarbeiter nichts wissen. Mit seinem Vorstoss kämpft SVP-Nationalrat Andreas Aebi (BE) dafür, dass die Schweizer Milchproduzenten eine Jahresmilchmenge festlegen. Landwirte, die liefern wollen, müssten einen Beitrag einzahlen. Das Geld würde für den Export der überschüssigen Milch gebraucht. Der Bundesrat müsste dieses Mengensteuerungsmodell für alle Milchbauern verbindlich erklären.

Am 1. Oktober hat der Nationalrat die Motion als Erstrat gegen den Willen des Bundesrates angenommen. Dies hat die Milchverarbeiter erschreckt.

«Ich glaube, das Parlament ist etwas verunsichert», sagte Willimann gestern – und sprach weitere Punkte an, die ihn an der Verlässlichkeit der Politik zweifeln liessen: Während diese mit der Zustimmung zur Motion Aebi im Liberalisierungsprozess einen Schritt rückwärts mache, würden auf der andern Seite milchpreisstützende Instrumente aufs Spiel gesetzt. Willimann meinte das «Schoggigesetz» und die Verkäsungszulage. Beide wurden gestern im Nationalrat behandelt (siehe Text rechts).

Der eingeschlagene Weg

«Wir wollen keine permanenten Störmanöver mehr, sonst können wir unsere Zukunft nicht gestalten», sagte Willimann. Zu den Problemen der Milchbauern mochte er sich nicht äussern. Es sei nicht Sache der Milchindustrie, den Bauern zu sagen, wie sie sich intern organisieren müssten.

«Wir wollen die Milch für die richtigen Produkte und zum richtigen Preis», sagte Willimann. Riedener doppelte nach: Wenn Emmi mit Produkten aus der Schweiz im Export erfolgreich bleiben wolle, brauche sie Milch aus der Schweiz. «Deshalb haben wir ein Interesse an einem vernünftigen Weg.»

Einen «vernünftigen Weg», zu dem nebst Riedener auch die Vertreter von Elsa, Hochdorf und Cremo stehen, hat die Branchenorganisation Milch letzte Woche beschlossen. Alle am Milchmarkt beteiligten Akteure haben sich darauf geeinigt, die Schweizer Milch, die nicht verkäst wird, in drei Segmente aufzuteilen: Etwa 80 Prozent werden demnach ins Segment A fließen und einen Preis von rund 65 Rappen pro Kilo erzielen. Dieser Richtpreis soll alle drei Monate angepasst werden. Ins B-Segment fließt jene Milch, die für EU-Exporte vorgesehen ist. Hier ist ein entsprechend tieferer Preis zu erwarten. Gegenwärtig beträgt die Differenz laut den Verarbeitern rund 20 Rappen. Für C-Milch gibt es noch rund 33 Rappen. Sie ist für den Weltmarkt vorgesehen.

Susanne Graf

Mehr Geld für die Milchbauern

Gestern hat der Nationalrat zwei Beschlüsse gefasst, die den Schweizer Milchproduzenten helfen.

Der Bundesrat wollte die Verkäsungszulage von 292 Millionen Franken um 45 Millionen kürzen. Doch damit drang er in der Budgetdebatte des Nationalrats gestern nicht durch. Ursprünglich hatte die SVP das gesamte Bundesbudget zurückweisen wollen. Sie war nicht einverstanden damit, dass es ein Defizit ausweist.

Sobald es aber um die eigenen Interessen gehe, sei die SVP bereit, das Defizit zu erhöhen, kritisierte Marianne Kleiner (FDP, AR). Für die Landwirtschaft könnten jedoch nicht andere Regeln gelten als für andere Bundesaufgaben.

Tatsächlich wehrten sich die Bauernvertreter aus den Reihen der SVP – und auch der CVP – gegen die Kürzung der Verkäsungszulage. Die Milchbauern litten auch so schon genug unter den tiefen Milchpreisen, führten sie als Argument etwa ins Feld. Die vorgesehene Kürzung entspreche pro Milchbauer immerhin einem Einkommensverlust von 4000 Franken pro Jahr.

Bauernlobby setzt sich durch

Doch Marianne Kleiner stellte sich auf den Standpunkt, die Zulage setze Anreize, noch mehr Milch zu produzieren. Und das Leiden der Milchbauern liege schlicht daran, dass sie zu viel produzierten, gab sie zu bedenken. Überhaupt seien die durch die Aufhebung der Milchkontingentierung entstandenen Einkommensausfälle durch höhere Direktzahlungen abgegolten worden. Doch der Nationalrat beschloss mit 102 zu 54 Stimmen, die Verkäsungszulage nicht zu kürzen.

«Schoggigesetz»

Mit 89 zu 57 Stimmen hiess das Parlament zudem einen Nachtragskredit in Höhe von 15 Millionen Franken gut. Dieser kommt letztlich ebenfalls den Milchproduzenten zugute. Es geht um die «Finanzierung der Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte» – eine Massnahme, die in der Milchbranche unter dem Titel «Schoggigesetz» bekannt ist: Inländische landwirtschaftliche Rohstoffe wie Eier, Milchbestandteile und Mehl werden vom Bund verbilligt, damit die Lebensmittelindustrie davon absieht, günstigere Rohstoffe aus dem Ausland zu importieren.

Auf den 1. Mai 2010 hat das Bundesamt für Landwirtschaft diese Ausfuhrbeitragsansätze um 50 Prozent reduziert, nachdem für das laufende Jahr nicht mehr genügend Mittel zur Verfügung standen. Hätte der Nationalrat gestern den Nachtragskredit von 15 Millionen Franken nicht

bewilligt, könnte der Rohstoffpreisnachteil im Veredelungsverkehr nicht ausgeglichen werden. Dies hätte zur Folge gehabt, dass laut Zollgesetz Einfuhren bewilligt worden wären. Vom «Schoggigesetz» seien insgesamt 200 Millionen Kilo Milch, betroffen, sagte Lorenz Hirt, Geschäftsführer der Vereinigung Schweizer Milchindustrie (VMI), gestern gegenüber dieser Zeitung.

Doch noch ein Nein

Schliesslich versuchte die Bauernlobby auch, die landwirtschaftlichen Investitionskredite um 41 Millionen Franken zu erhöhen. Dies lehnte der Rat mit 89 zu 81 Stimmen aber ab.

sda/sgs

«Wir müssen realistisch bleiben»

Albert Röstli ist Direktor der Schweizer Milchproduzenten (SMP). Er beharrt trotz den Beschlüssen der Branchenorganisation Milch (BOM) auf «flankierenden Massnahmen» der Politik.

Herr Röstli, sind die SMP zufrieden mit den Beschlüssen der BOM (siehe Haupttext)?

Albert Röstli: Wir begrüssen es, dass man in der BOM erkannt hat, dass über 85 Prozent der Schweizer Milch zu einem Preis verkauft werden kann, der nach wie vor deutlich über dem EU-Preis liegt.

Warum konnte die Milchindustrie hierzu Hand bieten?

Es geht hier um jene Milch, für die noch ein Grenzschutz oder eine staatliche Stützung besteht – entweder über die Verkäsungszulage oder das «Schoggigesetz» (siehe Text links, Anm. Red.).

Kann SVP-Nationalrat Andreas Aebi seine Motion zur Mengenregulierung zurückziehen?

Nein, die BOM-Beschlüsse reichen nicht, weil es auch das Segment der C-Milch gibt, für das lediglich Weltmarktpreise bezahlt werden. Wenn Milchlieferanten je nach Abnehmer plötzlich viel C-Milch liefern sollten, werden sie versuchen, in das bessere A-Segment zu liefern. Damit kommt dieser Preis unter Druck. Deshalb braucht es flankierende Massnahmen der Politik, und es ist es nötig, dass die Motion Aebi im Ständerat diskutiert wird.

Wie soll Aebis Motion helfen?

Sie will, dass Lieferantenorganisationen, die ihre Produktion seit 2008 ausgedehnt haben, in einen Fonds einzahlen, mit dem dann der Preis für die C-Milch gestützt werden könnte. Denn C-Milch entstand überhaupt erst, weil Produzenten ausgedehnt haben.

Ist Aebis Lösung auch die Lösung der SMP?

Im Grundsatz schon. Wir streben aber einen für alle tragbaren Kompromiss an, denn in unserem Verband haben wir Produzenten, die ausgedehnt haben, und solche, die nicht gewachsen sind. Uns schwebt vor, dass alle Organisationen, die Milch verkaufen, linear in den Fonds einzahlen. Ein grösserer Teil würde aber auf den zusätzlichen Mengen eingezogen. Wir hoffen, in Absprache mit Nationalrat Aebi, dass wir mit diesem Ansatz im Ständerat eine Mehrheit finden.

Sie verlangen aber keinen höheren Milchpreis mehr?

Doch. Wir verlangen, dass für den Grossteil der Molkereimilch mindestens der Richtpreis von 65 Rappen erreicht wird. Das ist heute leider nicht der Fall. Aber wir verstehen, dass die Milchverarbeiter konkurrenzfähig sein müssen. Und solange wir zu viel produzieren, müssen wir realistisch bleiben.

Es gibt Bauern, die die Segmentierung kritisieren.

Ja. Und ich verstehe das auch: Wenn ein Bauer zuhinterst im Emmental noch 48 Rappen bekommt,

interessieren ihn A-, B- und C-Systeme nicht. Da braucht es von uns Aufklärungsarbeit und Einsatz für eine Verbesserung.

Interview Susanne Graf